

Antifeministen planen Volksinitiative

Sie wollen mit eigenen Listen in den Nationalrat, tüfteln an vier Volksbegehren und planen eine Guerilla-Aktion auf den Zivilstandsämtern

Die IG Antifeminismus kämpft für die «Opfer der weiblichen Emanzipation». Mit Erfolg: Innerhalb eines Jahres hat der Verein fast 4000 Mitglieder – Tendenz stetig steigend.

VON SARAH WEBER

«Wer grosse Ziele hat, der muss auch grosse Schritte planen», sagt der ehemalige Luzerner SVP-Politiker René Kuhn, Gründer der Interessengemeinschaft Antifeminismus (IGAF). Der grosse Zulauf beflügelt die kämpferischen Männer: Fast 4000 Mitglieder haben sie innerhalb eines Jahres gewonnen. Das ist mehr, als die boomende Grünliberale Partei Mitglieder hat. Nun planen die Antifeministen den Einstieg in die Politik. «Wir wol-

len in möglichst allen Kantonen mit einer eigenen Liste und mehreren Kandidaten für die Nationalratswahlen im Herbst antreten», kündigt Kuhn an. Und Urs Bleiker, Präsident der IGAF, ist überzeugt: «Wir haben eine realistische Chance auf mehrere Nationalratssitze, denn wir besetzen mit unseren Themen eine Monopol-Stellung.»

Doch das ist längst nicht alles: «Wir haben zudem vier verschiedene Volksinitiativen ausgearbeitet, die bereits von einem Juristen geprüft wurden», sagt Kuhn. Eine Initiative betrifft das Scheidungsrecht. «Wir wollen, dass derjenige, der die Scheidung einreicht, die ganzen Kosten tragen muss», erklärt Kuhn. Zudem soll auch auf

Unterhaltszahlungen vollständig verzichtet werden. «Da werden die Männer von den Frauen, die nicht für ihren Unterhalt aufkommen können, ausgenommen.»

Die Initiative will zudem die Unterhaltskosten für Kinder auf freiwilliger Basis regeln. Weitere Themen der Initiativen sind: Sorge- und Obhutsrecht bei den Kindern und effektive Gleichberechtigung durch gleiches Rentenalter sowie Wehrpflicht auch für Frauen. Weiter arbeiten die Antifeministen an einer Initiative, um den «ganzen Gender-Blödsinn» abzuschaffen.

Noch ist aber nicht klar, ob die verschiedenen Anliegen in einer einzigen Initiative gebündelt werden oder ob für

alle vier Initiativen eine Unterschriften-sammlung gestartet wird. «Es ist ein Risiko, mit vier Initiativen aufzutreten – wir wollen ja dann die Unterschriften auch zusammenbekommen», so Kuhn. Deshalb sei der Entscheid noch nicht definitiv gefallen.

BEI IHRER LETZTEN AKTION, bei der die Antifeministen öffentlich dazu aufriefen, Orte von Frauenhäusern publik zu machen, wurden sie von der Justiz zurückgepfiffen. Das hält die Kämpfer für die «Opfer des Feminismus» nicht davon ab, die nächste Aktion zu planen. Sie arbeiten an einer Broschüre mit Warnhinweisen, die sie an Zivilstandsämter verschicken wollen. «Darin warnen wir die Männer davor, dass sie in der Ehe oft von den Frauen über den Tisch gezogen werden», sagt Kuhn. Beispiele: Frauen schwärzten un-

schuldige Männer bei der Polizei an, würden mit den Kindern durchbrennen, planten Racheaktionen, denen die Männer machtlos gegenüberstünden, meint Kuhn. «Da aber möglicherweise viele Zivilstandsbeamte die Broschüren nicht auflegen, planen wir mehrere Aktionstage», sagt IGAF-Präsident Bleiker. Ziel: Die Antifeministen drücken an den Aktionstagen den Heiratswilligen direkt vor der Trauung die Broschüren in die Hand.

Wenig erfreut beobachtet Markus Theunert von männer.ch, dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, die Pläne der IGAF. Er kritisiert die Tonalität und Radikalität des Vereins: «Wenn die politische Männerbewegung mit dieser radikalen Splittergruppe identifiziert wird, schadet das der Männerbewegung.»

> KOMMENTAR SEITE 15

Berns Polizeichef fordert harte Sanktionen

Spielabsagen, Spiele ohne Zuschauer oder Gästefans: Polizeidirektor Reto Nause setzt die Swiss Football League unter Druck

VON OTHMAR VON MATT

Der Kragen platzte Reto Nause nach den Vorfällen in Ostermündigen. YB-Fans hatten am Samstag vor einer Woche einen Entlastungszug nach Thun attackiert und mit Steinen beworfen. Darin sassen, neben FC-Thun-Fans, die den 1:0-Sieg über YB feierten, auch Familien. Scheiben zersplitterten, mehrere Personen wurden verletzt.

«Das ist eine neue Qualität von Gewalt», sagt der Gemeinderat und Sicherheitsdirektor der Stadt Bern. «Sie passten den Zug ab, griffen ihn mit Steinen an, nahmen Verletzte in Kauf.» Es sei «eine Schwelle überschritten» worden. Das sei «nicht mehr tolerierbar». Nause: «Für einen solchen Vorfall braucht es erhebliche kriminelle Energie.»

Für Berns Sicherheitschef ist klar, dass die Fussball-Gemeinde nicht zum Alltag übergehen kann. «Ich bin je länger, desto weniger bereit, Polizeiaufgebote in der heutigen Grössenordnung zu stellen», betont Nause. «Es braucht jetzt eine Saison, in der man rigoros durchgreift.»

Ins Visier nimmt er die Swiss Football League. «Sie als Veranstalterin der Meisterschaft kann die Probleme effizient und rasch lösen», glaubt Nause. Seine Forderungen: «Halten sich Fanggruppierungen nicht an Auflagen von den Behörden, muss die Liga Spiele absagen, sie vor leeren Rängen stattfinden lassen oder das Stadion für die Gästefans schliessen.»

DIE SWISS FOOTBALL League habe die Kompetenzen und die Regelwerke für solch drastische Massnahmen. Ist sie dazu nicht bereit, droht Nause mit einer faktischen Entmachtung der Liga. «Dann streben wir auf gesamteidgenössischer Ebene eine Bewilligungspflicht für Sportgrosveranstaltungen an», sagt er. Die Behörden müssten dann Spiele im Einzelfall bewilligen, mit entsprechenden Auflagen. Nause: «Werden die Auflagen nicht eingehalten, sagen die Behörden die Spiele ab.»

Eine deckungsgleiche Forderung liegt bereits beim Parlament. In ihrer Motion «Gewalt an Sportveranstal-

tungen» fordert CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann ein nationales Gesetz mit kommunaler Bewilligungspflicht für Sportgrosveranstaltungen. «Wenn der Fussballverband sich der Probleme nicht annimmt», schreibt sie in ihrer Motion, «muss der Staat die Mitglieder des Verbands in die Pflicht nehmen.»

NAUSES KRITIK an der Swiss Football League ist massiv. Bis jetzt habe sie sich vor allem darin gefallen, Forderungen zu beerdigen. Sie habe eigene Strafbestimmungen für fehlbare Vereine gemildert und das Projekt einer nationalen Fancard zu Fall gebracht. «Im Eishockey greifen Klubs und Liga viel rigoroser durch», so Nause. «Das Commitment ist deutlich höher als im Fussball.» Die League müsse endlich mit klaren Massnahmen beweisen, «dass sie die Zustände rund um die Stadien nicht toleriert».

Bei der Swiss Football League reagiert man mit Kopfschütteln auf Nauses Attacke. Die Forderungen seien «einseitig und nicht zielführend», sagt Kommunikationschef Roger Müller. «Ich weiss auch nicht, welche Regelwerke uns Sanktionen auf Vorfälle ausserhalb des Stadions erlauben würden.» Verbanne man etwa gegnerische Fans aus dem Stadion, sei die Gefahr gross, «dass die Situation vor dem Stadioneingang eskaliert». Nause sehe die Welt «sehr einseitig und einfach».

Reto Nause hat aber auch eine Forderung an die Young Boys. «Von YB erwarte ich, dass sie alle Ermittlungen der Polizei unterstützen und auch Namen preisgeben.»

Genau dazu findet nächste Woche ein Gespräch zwischen YB und der Dachorganisation der YB-Fanklubs statt. «Der Vorfall in Ostermündigen ist der Anlass dafür», sagt YB-Sprecher Albert Staudenmann. Deren Urheber zu eruiieren, sei «die Idee hinter dem Gespräch». Auch die Fans sind «total geschockt», wie sie betonen. Vieles deutet gemäss Recherchen darauf hin, dass in Ostermündigen eine Abrechnung unter Thunern stattfand: zwischen Thuner YB-Fans und Thuner Thun-Fans.



Reto Nause fordert Sanktionen: Spiele ohne Zuschauer oder gegnerische Fans.

Pelli spornt FDP an

Parteitag in Luzern

AN DER FDP-Delegiertenversammlung in Luzern hat Parteipräsident Fulvio Pelli eine Kampfansage gemacht. Nach den schlechten Resultaten bei den Kantonswahlen will er, dass seine Partei aufsteht, durchatmet und kämpft.

«Wir haben in diesen Wahlen brutale Kinnhaken kassiert», gestand FDP-Präsident Fulvio Pelli. Es seien emotionale, intensive und schwierige Wochen für die Freisinnig-Liberalen gewesen, betonte er. Aber: Niederlagen seien keine Schande. Nach einer Niederlage nicht aufzustehen, schon.

UM SEINE Parteifreunde nach der Wahl-Schlappe wieder zu motivieren, ging Pelli in seiner Rede zurück zum Anfang, wie es auf der Website des Schweizer Fernsehens SRF heisst. Er erinnerte daran, dass die FDP den Staat gegründet und zum Erfolg geführt hat: «Nicht nur 1848, sondern immer wieder bis heute», sagte Pelli.

«Und die anderen?», fragte der Parteipräsident weiter. Ginge es beispielsweise nach der SP, würde die Schweiz in einen «dumpfen sozialistischen Einheitsbrei» verwandelt. Pelli vermisst den bürgerlichen Schulterchluss gegen «solche linken Albträume».

DIE CVP FINDE, die FDP sei zu wenig in der Mitte. Die SVP beklage, die FDP sei zu links. «Merken Sie was?», fragte Fulvio Pelli die Versammelten. Die FDP stehe genau richtig: als liberaler Pol rechts der Mitte.

An der Versammlung in Luzern haben die Delegierten der FDP zudem eine Resolution zu den Sozialversicherungen verabschiedet. Darin fordern sie rasche Reformen zur nachhaltigen Sanierung der Sozialwerke – darunter die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre.

Zudem verlangt die FDP eine Schuldenbremse für die AHV. Aber auch die IV müsse langfristig saniert werden, um die Qualität der Leistungen nicht zu gefährden. (SF/RED)